



## **PRESSEMITTEILUNG**

# **Nachhaltigkeit durch Zusammenhalt: Deutscher Verband „Job und Wohnen“ e.V. beteiligt sich am Nachhaltigkeitsdialog der Bundesregierung**

*Berlin, 5. November 2020.* Wie werden wir in Zukunft arbeiten, wohnen und zusammenleben? Diese Frage bedarf vor dem Hintergrund eines Mangels an Fachkräften und bezahlbarem Wohnraum sowie anderer gesellschaftlicher Entwicklungen dringend einer Antwort. Der Deutsche Verband „Job und Wohnen“ e.V. beteiligt sich am Nachhaltigkeitsdialog der Bundesregierung, um einen Beitrag zur Lösung dieser gesellschaftlichen relevanten Fragen zu leisten.

### **Genossenschaftlicher Wohnungsbau gegen Wohnungsnot und Fachkräftemangel**

Der Deutsche Verband „Job und Wohnen“ verfolgt die Idee des genossenschaftlichen Wohnungsbaus für Mitarbeiter\*innen. Mittelständische Unternehmen arbeiten zusammen und schließen sich regional zu einer Mitarbeiterwohnungsbaugenossenschaft zusammen. Durch das Angebot eines interessanten Jobs zusammen mit einer bezahlbaren und modernen Wohnung in der Nähe des Arbeitsplatzes gelingt es den Mitgliedsunternehmen wesentlich leichter, dringend benötigte Fachkräfte zu rekrutieren und langfristig auch an Standort und Unternehmen zu binden. Im Unterschied zu vielen anderen Unternehmensformen im Wohnungsbau stehen regionale Verantwortung und Verbundenheit an erster Stelle und die Gewinne sind deshalb kein Selbstzweck: „Das Ziel der Genossenschaft ist immer die Förderung ihrer Mitglieder, deshalb verbleiben Wertzuwächse im gemeinsamen Unternehmen und können so den Arbeitnehmer\*innen und den kooperierenden



Unternehmen in Form von wachsendem hochwertigem Wohnraum und kurzen Arbeitswegen zugutekommen“, so **Dr. Peter Diedrich, Vorsitzender des Vorstands des DVJW.**

Jedes Mitgliedsunternehmen ist nicht nur Miteigentümerin, sondern gleichzeitig auch Nutzerin der genossenschaftlichen Leistung, kann seinen Arbeitnehmer\*innen entsprechende Angebote machen und hat somit ein Interesse an der langfristigen Erbringung der Leistung. Dabei bleibt die Genossenschaft immer auch ein demokratisch kontrolliertes Unternehmen: Nicht das kapitalstärkste Unternehmen bestimmt, sondern jedes mitmachende Unternehmen hat genau eine Stimme.

#### **Dialog zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS)**

Mit diesem Ansatz hat sich der DVJW in den öffentlichen Dialog zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS), den die Bundesregierung am 1. Oktober 2020 begonnen hat, eingebracht.

Die Dialogfassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beinhaltet 69 Indikatoren, die zum Ziel haben, die über 60 Ziele der Bundesregierung im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie zu messen. Ziel der Bundesregierung ist es, die weiterentwickelte Strategie in der ersten Jahreshälfte 2021 zu veröffentlichen.

„Die Weiterentwicklung und Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sind unser deutscher Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030. Noch können wir die Ziele erreichen, auf die sich die Weltgemeinschaft 2015 verständigt hat“, so **Bundeskanzlerin Angela Merkel.**

„Wir setzen auf breite Beteiligung aus allen Bereichen von Wissenschaft, Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft. Denn es ist völlig klar: Nachhaltige Entwicklung gelingt nur als Gemeinschaftswerk.“



### **SDG: Sustainable Development Goals**

Nachhaltigkeit bedeutet für den DVJW, mit allen gegenwärtigen und zukünftigen Projekte des Verbandes DJVW nachhaltige Lösungen für ein menschenwürdiges Wohnen, Arbeiten und Leben in der Gesellschaft zu sichern und damit einen aktiven Beitrag zur Entwicklung und Gestaltung der gesellschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen und somit zur Sicherung der Demokratie und des gesellschaftlichen Friedens in Deutschland zu leisten. Denn in einem genossenschaftlichen Modell lassen sich gesellschaftliche Probleme am besten lösen! Auf diesem Wege sollen auch die Ziele der Vereinten Nationen (SDG Sustainable Development Goals) zur nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden.

„Bürgerschaftliche Selbsthilfe in Form von Genossenschaften wird zunehmend als Alternative zur Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge diskutiert“, sagt **Prof. Dr. Markus Hanisch, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des DVJW.** „Dort, wo sich aufgrund knapper öffentlicher Kassen der Staat zunehmend zurückzieht und dort, wo sich auch gewinnorientierte Angebote aufgrund sinkender Bevölkerungszahlen nicht mehr rechnen, sind diese neu gegründeten Sozial- oder Bürgergenossenschaften eine Reaktion auf bestehende Versorgungsprobleme. Initiiert von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sind die zivilgesellschaftlich motivierten Unternehmen maßgeblich vom freiwilligen Engagement ihrer Mitglieder getragen.“